

RUMÄNIEN

Kampf gegen den Babymarkt

Seit Jahresbeginn verfügt das Karpatenland über ein neues, strikteres Adoptionsrecht: Künftig dürfen rumänische Kinder nur dann in die Obhut ausländischer Eltern gegeben werden, wenn sämtliche Versuche, heimische Paare zu finden, fehlgeschlagen sind. Außerdem dürfen Kleinkinder unter zwei Jahren generell nicht mehr an Ausländer vermittelt werden. Brüssel hatte sich in den vergangenen Jahren immer wieder über alarmierende Missstände im rumänischen Adoptionswesen empört – und gar die von Bukarest angestrebte EU-Mitgliedschaft in Frage gestellt. Kleinkinder, so der wohl schwerwiegendste Vorwurf, würden für fünfstelligen Dollar-Summen regelrecht verhöckert. Um dem anstößigen Treiben ein Ende zu bereiten, wurde 2001 schließlich ein Moratorium verhängt, das Bukarest mitunter allerdings großzügig umging. Für Aufregung sorgte vor allem die Vermittlung von 105 Kindern nach Italien, die im vergangenen Jahr publik wurde – ein offener Verstoß gegen das Moratorium. Die Berichterstatterin des Europaparlaments, Baronin Emma Nicholson, wettete in ihrem Rumänien-Report, sie habe einen „profitablen Kinderhandel“ ausgemacht, in den auch Amtspersonen verstrickt seien. Während die EU nun mit dem verschärften Adoptionsrecht zufrieden sein dürfte, treffen die neuen Bestimmungen vor allem bei zahlreichen US-Bürgern auf Unverständnis: Etwa 1000 amerikanische Paare hatten bereits vor dem Moratorium Adoptionsanträge gestellt, sie liegen seither auf Eis. Nun setzen viele US-Paare auf den neu gewählten liberalen Präsidenten Traian Basescu. Er werde, so ihre Hoffnung, eine akzeptable Lösung für die noch anhängigen Fälle finden.



Straßenkinder in Bukarest



Moskauer Kreml mit Basilikus-Kathedrale

RUSSLAND

Fortgesetzte Flurbereinigung

Der Machtkampf unter Kreml-Strategen spitzt sich zu. Präsident Putins höchststrangiger Wirtschaftsberater, der markliberale Andrej Illarionow, 43, ist vergangene Woche als Russlands G-8-Gesandter abgelöst worden. Über seinen bevorstehenden vollständigen Abschied aus dem Vorhof der Macht wird bereits spekuliert.

Illarionow, Liebling der Analysten am Moskauer Markt, hatte Ende Dezember mit für Kreml-Verhältnisse bemerkenswerter Deutlichkeit die Politik des russischen Präsidenten als Marsch in Richtung Dritte-Welt-Staat gegeißelt und die kaum getarnte Verstaatlichung des führenden Ölkonzerns Jukos als „Betrug des Jahres“. Dass dem vorlauten Volkswirt und Reformier der ersten Stunde nun der skandalfreie Putin-Mann und Jurist Igor Schuwalow als Cheforganisator auch des G-8-Gipfels in Russland 2006 vorgezogen wird, ist ein deutliches Symbol.

Sowohl der degradierte Illarionow als auch der liberale Wirtschaftsminister German Gref und Finanzminister Alexej



Illarionow, Putin

Kudrin haben es im Gefolge der Jukos-Affäre an Mahnungen nicht fehlen lassen. Doch in einem Akt fortgesetzter Flurbereinigung zu Gunsten alter Weggefährten aus KGB und anderen bewaffneten Organen scheint Putin unverändert entschlossen, sich von kritischen Geistern in seinem Umfeld zu befreien. Illarionows Attacke gegen den Alleinherrscher im Kreml wirkt in diesem Licht wie ein Bewerbungsschreiben für die Zeit nach Putin.